Dr. Luther zum Reichsbankpräsidenten gewählt.

Berlin, 11. März. Die Reichsbank teilt mit: Der Generalrat der Reichsbank wählte einstimmig in seiner heutigen Sitzung an Stelle des ausscheidenden Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht den Reichskanzler a. D. Hans Luther zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums mit Wirkung vom 3. April d. J., an welchem Tage die Uebergabe der Amtsgeschäfte stattfindet. Die Bestätigung des Reichspräsidenten für die Wahl des neuen Reichsbankpräsidenten ist nachgesucht worden. (Bereits durch Sonderblatt mitgeteilt.)

•

Das Echo der Presse.

Die Deutsche Allg. Ztg. erblickt in der Persönlichkeit Luthers die absolute Gewähr dafür, daß etwa inflatorische Tendenzen die durch das Reichsbankgesetz aufgerichtete Barriere weder überspringen noch umgehen können. — Die Deutsche Tagesztg. schreibt: Unter den vielen sachlichen Qualifikationen Dr. Luthers für das Amt des Reichsbankpräsidenten muß sein persönlich größtes Verdienst an der Ueberwindung der Inflation an erster Stelle genannt werden. — Die Germania erklärt, Dr. Luther werde sich darüber im klaren sein, daß seine Aufgaben als Reichsbankpräsident wesentlich wirtschaftlicher Natur sind. Nur bei solcher Einstellung der Reichsbank und ihrer Leitung werde es ihr auch möglich sein, die deutschen Interessen, die ihr durch die Neuregelung des Reparationsmechanismus anvertraut sind, dem Ausland gegenüber durchzusetzen. — Das Berl. Tagebl. wünscht, daß Luther seine große Befähigung, seine starke Energie und seinen ungewöhnlichen Fleiß ganz auf die schweren sachlichen Aufgaben seines neuen Amtes beschränken möge. Das Beispiel seines Vorgängers zeige, wie schnell der Inhaber dieses Amtes durch ähnliche Uebergriffe ein hohes Ansehen drinnen und draußen verlieren kann. — Der Vorwärts warnt den neuen Reichsbankpräsidenten davor, in die Fußtapfen seines Vorgängers zu treten. Der Reichsbankpräsident bekleide wohl die höchste unpolitische Stellung in Deutschland überhaupt. Dr. Schacht habe die sich daraus ergebenden Verpflichtungen in gefährlicher Weise mißverstanden. Daraus ergebe sich die Linie, die Dr. Luther einzuhalten haben werde, von selbst.

•

Erklärungen Dr. Luthers.

Frankfurt a. M., 11. März. Dr. Luther, der heute hier an einer Sitzung teilgenommen hatte, beantwortete einem Vertreter des WTB. mehrere Fragen über die zukünftige Politik der Reichsbank. Er machte vorher darauf aufmerksam, daß seine Ernennung noch der Mitvollziehung durch den Reichspräsidenten und der Gegenzeichnung durch die Reichsregierung bedürfe. Zur Frage der Auslandsanleihen, der künftigen Entwickelung Deutschlands, der Währung und des Youngplanes erklärte Dr. Luther: Daß wirklich produktive Anleihen für die deutsche Volkswirtschaft nützlich sind, daran kann kein Zweifel sein. Ob darüber hinaus die Hereinnahme von Auslandsgeld verantwortet werden kann, hängt davon ab, wie viel begründetes Vertrauen man in die Gesamtentwickelung Deutschlands zu setzen vermag. Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart werden vielfach noch dadurch übersteigert, daß man allzulaut von einer Vertrauenskrisis spricht. Man sollte umgekehrt die Gesichtspunkte unterstützen, die das Vertrauen in die deutsche Zukunft rechtfertigen. Das deutsche Volk hat auch nach dem Kriege so außerordentliches in wirtschaftlicher Wiederaufbauarbeit geleistet, daß es gar nicht einzusehen ist, warum diese große Kraft sich nun nicht mehr durchsetzen sollte. Die deutsche Währung ist durch die endlich gewährleistete Unabhängigkeit der Reichsbank, für deren Notwendigkeit das deutsche Volk nach den schrecklichen Erfahrungen der Inflationszeit das vollste Verständnis hat, gegen jede Gefahr gesichert. Obendrein sind die mit der Festigkeit der deutschen Währung verbundenen in- und ausländischen Interessen so groß, daß sie auch entgegenstehende Kräfte und Verhältnisse überwinden werden. Der „Neue Plan" ist ebenso wie die schwere Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsnot, in der wir uns befinden, auf die allgemeine Bedrängnis von Reich und Volk zurückzuführen. Es ist Aufgabe der Reichspolitik, hier den Ausweg durch ein Gesamtprogramm zu zeigen, bei dem es nicht nur auf die Einzelheiten ankommen wird, sondern ebenso sehr auf die Gewinnung eines neuen Vertrauens im In- und Auslande zum deutschen Staatswesen. Hinsichtlich des Uebermaßes von Lasten, die das deutsche Volk tragen kann, möchte ich auf das hinweisen, was ich bei den Vorverhandlungen über den Dawesplan als Reichsfinanzminister immer wieder gesagt habe, nämlich daß es ganz wesentlich darauf ankommt, in welchem Umfang das Ausland die deutschen Ausfuhrerzeugnisse aufzunehmen bereit ist und abnimmt.

Weiter sagte Dr. Luther, daß die Arbeit des Bundes zur Erneuerung des Reiches mit vollem Nachdruck fortgesetzt werden wird. Er werde allerdings den Vorsitz niederlegen.

Vertagte Finanzkrise.

Ein Finanzprogramm der Weimarer Koalition.

Während noch offiziell die Große Koalition am Ruder ist, haben die Weimarer Parteien eine Sezession unternommen und die erste Frucht ihrer illegitimen Tätigkeit, nämlich das bereits angekündigte Finanzprogramm, dem Kabinett vorgelegt. Wesentlich neues enthält das Machwerk nicht, auch die Weimarer kochen nur mit Wasser. Der Reichskanzler hat sich darauf beschränkt, den Bericht entgegen zu nehmen, den die Vertreter der vier Parteien der Weimarer Koalition ihm über ihre Einigung erstattet haben. Er hat darauf verzichtet, der Deutschen Volkspartei diesen Vorgang offiziell zur Kenntnis zu bringen und damit die Krise im Augenblick vermieden. Es ist damit zu rechnen, daß der Moldenhauer'sche Finanzplan Anfang nächster Woche im Reichstag eingebracht wird. Dann wird sich fragen, ob die Parteien der Weimarer Koalition schon bei der ersten Lesung ihr Programm entweder als Abänderungsanträge oder als Initiativgesetzentwurf vorlegen oder ob sie erst in oder nach den Ausschußberatungen hervortreten. In parlamentarischen Kreisen beurteilt man jeden Zeitgewinn als ein günstiges Zeichen umsomehr, als die Finanzfragen unter Umständen erst akut werden, nachdem der Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei vorbei ist. Man glaubt im Reichstag, daß die Kompromißmöglichkeiten damit größer werden. Vorläufig überwiegt allerdings noch die Befürchtung, daß die Krise, die jetzt vertagt ist, im zweiten Drittel des Monats wieder aufleht.

•

Der Finanzminister ist zunächst, was ihm nicht verdacht werden kann, darüber sehr verschnupft, daß ihm die Weimarer Parteien unter Ausschaltung seiner eigenen, der Deutschen Volksp., ins Handwerk pfuschen, und hat sich bei der Beratung über das Finanzprogramm der Regierung vor den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats äußerst scharf gegen das Konkurrenzprogramm ausgelassen. Er erklärte, nur die Vorlage der Regierung sei Gegenstand der Verhandlungen. Er gebe diese Erklärung sowohl als Reichsfinanzminister, wie auch im Namen des Reichskanzlers ab, der ihn ausdrücklich zu ihr ermächtigt habe. Die Regierung werde ihre Vorlage nach der Verabschiedung durch den Reichsrat an den Reichstag bringen. Die Besprechungen einzelner Parteigruppen hätten, wenn überhaupt, nur für diese Parteien Bedeutung. Die Regierung denke nicht daran, in dieser Frage die Führung aus der Hand zu geben.

•

Diese plötzliche Forschheit des Kabinetts hat in politischen Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Wie verlautet, will sich Müller auf keinen Fall für eine Regierung der Weimarer Koalition, selbst mit Einfluß der Bayerischen Volkspartei, einsetzen. Er dürfte also den Weg über den Artikel 48 der Weimarer Verfassung zu gehen versuchen, was wiederum vom Reichspräsidenten nur unter der Bedingung bewilligt würde, daß die Auflösungsorder in die Hände des Kabinetts in seiner jetzigen Zusammensetzung gelangt.

•

Natürlich sind unter solchen Umständen allerlei Gerüchten Tür und Tor geöffnet. So war am gestrigen Dienstag in der Wandelhalle des Reichstages verbreitet worden, daß ein Teil der volksparteilichen Abgeordneten, die unter Führung von Curtius und Moldenhauer für die Aufrechterhaltung der Großen Koalition eintreten, die Absicht habe, sich mit einigen demokratischen Abgeordneten, die mit dem Linkskurs der Partei unzufrieden sind, zu einer deutschen Staatspartei zusammenzuschließen, der sich die volkskonservative Vereinigung anschließen soll. Andere Mitglieder der Fraktion der DVP. gruppierten sich um den Staatssekretär im Ministerium der besetzten Gebiete, Schmid, während der Rest zu dem Parteivorsitzenden Scholz halte. Hierzu kann als Tatsache nur verzeichnet werden, daß einige demokratische Abgeordnete[illegible]te Bedenken gegen eine Neuauflage der Weimarer Koalit[illegible] in diesem Augenblick haben.

Das Finanzprogramm der Weimarer Koalition hat der Tatsache Rechnung getragen, daß mit Rücksicht auf die Bayrische Volkspartei eine andere Regelung der Biersteuererhöhung gefunden werden muß. Ferner hat man die Vereinbarung darüber getroffen, daß die Kapitalertragsteuer für fest verzinsliche Werte ab 1. Oktober beseitigt wird. Diese Maßnahme soll deshalb große Bedeutung haben, weil sie die Anlage des ausländischen Geldes in festverzinslichen Werten erleichtert. Der durch diese Beseitigung ausfallende Betrag soll dadurch gedeckt werden, daß auch die erste Einfuhr, die bisher umsatzsteuerfrei war, von diesem Zeitpunkte an der Umsatzsteuer unterliegt. Die Besteuerung der Mineralwässer hat den Wunsch aufkommen lassen, auch Luxusgetränke mit einer geringen Steuer zu belegen, bezw. die bereits vorhandene Steuer zu erhöhen. So soll die Sekt-Steuer bei einem Flaschenpreis bis zu 10 Mark von 1 Mark auf 1,50 Mark erhöht werden und in den höheren Preislagen von 1,50 auf 2 Mark. Ferner sollen Qualitätsweine in Flaschen in der Form einer Gemeindegetränkesteuer mit einer geringen Steuer belegt werden. Offene und billige Weine werden von der Steuer nicht betroffen. Ueber diese beiden Punkte sind noch keine endgültigen Vereinbarungen getroffen. Um über die umstrittene Frage der gesetzlichen Sicherstellung der für 1931 geplanten Steuersenkungen hinwegzukommen, kam man dahin überein, für den Etat des Jahres 1931 im ordentlichen Haushalt Steuersenkungen in Höhe von 600 Millionen Mark vorzunehmen, sofern bis zum 31. März 1931 weitere 500 Millionen Mark schwebende Schuld in langfristige Anleihen umgewandelt sind. Ferner soll die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichssparkommissar ein Sparprogramm ausarbeiten, das dem Reichstag vorgelegt werden soll. •••

Einheitliche Polizeistunde im Reich?

Berlin, 11. März. Bei der Weiterberatung des Gaststättengesetzentwurfes im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags wurde gegen den scharfen Protest Preußens der Beschluß erster Lesung bestätigt, wonach im ganzen Reiche um 1 Uhr Polizeistunde sein soll. Die obersten Landesbehörden dürfen Ausnahmen zulassen.

Der Organisator der deutschen Sturmbataillone †.

Lübeck, 11. März. Im 53. Lebensjahre starb hier Oberstleutnant a. D. Willi Rohr. Sein Name ist während des Weltkrieges dadurch bekannt geworden, daß er die Anregung zur Schaffung besonderer Sturmbataillone gab und an der Westfront bei der Armeegruppe Gäde das erste Sturmbataillon des deutschen Heeres organisierte, dem bald zahlreiche andere folgten. Nach dem Krieg wandte sich Rohr dem Kaufmannsberuf zu.

Die Sklareks wollen aus dem Kittchen.

Berlin, 11. März. Am Donnerstag findet ein neuer Haftprüfungstermin statt, den die Verteidigung der Sklareks beantragt hat. Die Verteidiger begründen ihre Anträge auf Haftentlassung mit dem schlechten Gesundheitszustand Leo, Max und Willy Sklareks.

Paris, 11. März. In der Universität wurde der Professor für Physik und Chemie, Planchetière, als er heute seine Vorlesung beginnen wollte, durch Lärmen eines Teils seiner Hörer unterbrochen. Trotz des Eingreifens der Pedelle zertrümmerten die Manifestanten die Fensterscheiben des Hörsaals.

Paris, 11. März. Nach einer Meldung aus Hanoi ist am 6. März ein mit zwei Offizieren besetztes französisches Militärflugzeug in der Gegend von Lang-Son auf chinesischem Gebiet brennend abgestürzt. Von den beiden Insassen fehlte bisher jede Spur. Jetzt ist ein Brief des einen Fliegerhauptmanns eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, er habe sich durch Fallschirmabsprung gerettet, sei verwundet und befinde sich in der Gewalt der Chinesen, die ein Lösegeld erpressen. Von dem anderen Flieger fehlt jede Spur.

Niederlage der englischen Regierung.

Stürmische Szene im Unterhaus.

London. 11. März. Die Regierung erlitt heute bei der Abstimmung über den zweiten Abänderungsantrag zum Kohlengesetz eine Niederlage. Der Antrag wurde mit 282 gegen 274 Stimmen angenommen. Die Stimmenzähler sahen sich längere Zeit außer Stande, die Zahlen zu verkünden, da der Beifallssturm auf den Oppositionsbänken jede Verständigung unmöglich machte. Besonders stürmisch zeigten sich die Konservativen. Als die Zahlen bekannt gegeben wurden, wurde der Regierung dauernd zugerufen: „Zurücktreten!" Da die Regierungsanhänger antworteten, kam es zu stürmischen Lärmszenen.

Die Mehrheit, die gegen die Regierung gestimmt hat, setzt sich zusammen aus 238 Konservativen, 42 Liberalen und 2 Unabhängigen. Es herrscht die Meinung vor, daß die heutige Abstimmung die Regierung veranlassen dürfte, die Kohlenvorlage zurückzuziehen.

Sowjet-Paradies.

In Rußland, hart an der estnischen Grenze, sind zwei große, reiche Dörfer von der russischen Regierung niedergebrannt worden, weil die Leute die Kirchenglocken nicht aus den Kirchen entfernen wollten. Die Bevölkerung dieser und der umliegenden Dörfer, wohl 1000 Leute, flohen an die Grenze, wurden aber dort von Militär umzingelt und nach Rußland zurückgedrängt.

Der Bürgerkrieg in China.

Paris, 11. März. Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai meldet, ist die Missionsstation Taipingfu in der Provinz Kwangsi zerstört und ein Missionar von radikalen Elementen entführt worden. Die Kwangsi-Truppen, die der Nankingregierung feindlich gesinnt sind, sollen den westlichen Teil von Kwantung, desgleichen den Hafen besetzt haben. Das französische Kanonenboot Inconstant soll schleunigst dorthin abgegangen sein, um das französische Konsulat und die europäische Kolonie zu schützen.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Indien.

Ahmedabad, 12. März. Der aus 70 Freiwilligen bestehende Stoßtrupp Gandhis ist heute früh zum 100-Meilen-Marsch nach dem Golf von Cambay aufgebrochen. Damit hat der Feldzug bürgerlicher Gehorsamsverweigerung zur Erreichung völliger Unabhängigkeit Indiens begonnen.

Am Vorabend seines Auszuges hielt Gandhi eine Ansprache, in der er sagte, die Teilnehmer an dem Feldzuge der Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams könnten nicht nur selbst Salz herstellen, sondern es auch über Land senden und verteilen. Wer Mut genug habe, solle die Bezahlung der Steuern verweigern. Gandhi ermahnte die Anwesenden, den aufgestellten Plan durchzuführen und an die Küste in der Nähe von Surat zu ziehen, um Salz aus dem Meere zu gewinnen. Gandhi ermahnte die Inder, im Falle seiner und seiner Begleiter Verhaftung den Frieden zu wahren und den Weisungen des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses zu folgen.

In einer Anmerkung zu dieser Meldung weist Reuter darauf hin, daß das Salzmonopol von den indischen Fürsten eingeführt und von den Engländern lediglich übernommen worden sei.

•

London, 12. März. „Daily Telegraph" meldet aus Bombay: Das 11. Sikhregiment, das in Poona stationiert ist, hat unerwartet Weisung erhalten, nach dem Staate Baroda zu gehen. Kürzlich wurde bereits eine Kompagnie Sikhs dorthin beordert. Gandhis Marsch, der heute begonnen hat, führt durch den Staat Baroda.

Sevilla, 12. März. Die neugegründete monarchistische Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem sie ihr Parteiprogramm bekannt gibt. Sie betont darin die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Autorität und bezeichnet die Monarchie als die konservative Institution der Ordnung in Spanien.

Washington, 11. März. Die Beisetzung des verstorbenen früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, William Taft, erfolgte mit allen militärischen Ehren. Die sterbliche Hülle des Entschlafenen war zwei Stunden in der Rundhalle des Kapitols öffentlich aufgebahrt. Etwa 10 000 Menschen defilierten paarweise an dem Katafalk vorbei. Dann setzte sich der Trauerzug bei strömendem Regen zur Trauerfeier nach der mit Blumen überreich geschmückten Kirche Allerseelen in Bewegung. Die Beisetzung erfolgte auf dem Arlington-Nationalfriedhof.

Oertliche Angelegenheiten.

Absage der Demokraten.

Dresden, 11. März. Die demokratische Fraktion des Sächsischen Landtages gibt über ihre heutige Sitzung folgenden Bericht aus: „Die Fraktion der Demokratischen Partei nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Deutsche Volkspartei jegliche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über die Regierungsbildung ablehnt und dabei den einzigen Weg, der zu einer Regierung auf breiter Grundlage führen kann, versperrt hat. Die demokratische Fraktion muß es den Parteien der Rechten, die diese Regierung gestürzt haben, und der Deutschen Volkspartei, die die Bildung der Großen Koalition unmöglich gemacht hat, überlassen, die Krisis zu lösen. Eine Rekonstruktion des bisherigen Kabinetts unter anderer Leitung würde die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten nicht beseitigen und daher, wie der Sturz der Regierung Winzer und die Haltung der Nationalsozialisten in zahlreichen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen bewiesen haben, nicht die Gewähr für eine dauernde und zur Lösung schwerer Aufgaben befähigte Regierung bieten. Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei kann daher den Versuch einer solchen Regierungsbildung nicht unterstützen."

Diese Entscheidung der Demokraten ist beachtlich, weil eine überparteiliche, rein bürgerliche Regierung ebenso von dem Wohlwollen der Demokraten abhängig wäre wie von dem der Nationalsozialisten. Beharrt die Demokratische Partei auf diesem Standpunkt, dann ist die Möglichkeit baldiger Neuwahlen wieder sehr nahe gerückt, wenn auch die übrigen bürgerlichen Parteien zunächst ein überparteiliches Kabinett bilden werden.